



## **„Good Banks“ statt „Bad Banks“**

Das Demokratieverständnis der großen Bankenchefs ist noch atemberaubender als ihre volkswirtschaftliche Performance. Ihren gesammelten Giftmüll wollen sie in eine Riesentonne einleiten, und Papa Staat darf das toxische Süppchen brav auslöffeln. Geht's noch?

Wir sind ja mittlerweile daran gewöhnt, dass Gewinne den Reichen zustehen und die Verluste ein Fall für die Allgemeinheit sind, aber irgendwo muss Schluss sein. Wenn die Banken tatsächlich mehr Gift im Keller haben als Gold, wie es für die USA und Deutschland gemunkelt wird, dann wäre das „Lösegeld“ für den Giftmüll schlicht zu hoch. Billiger käme es dem Staat, würde er die verseuchten Banken gleich aufkaufen. Beispiel Commerzbank: Ihr gesamter Aktienbestand ist derzeit runde fünf Milliarden wert; der letzte Zuschuss der Regierung betrug allein 18 Milliarden. Jeder Betriebswirt würde gefeuert, wenn er das schlechtere Produkt zu einem höheren Preis kauft als das bessere. Beschränkt sich der Staat aufs Zuschießen, hat er keine Mitsprache, und er garantiert nicht einmal das Überleben der Bank, weil immer neue Kredite nachfaulen. Nimmt der Staat hingegen die Bank, so hat er wenigstens diese. Er kann den Giftmüll entsorgen und hat weniger Schulden als wenn er weiter versuchen würde, ein Fass ohne Boden zu füllen.

Der größte Vorteil: Vergesellschaftete Institute könnten eine Funktion übernehmen, die Banken eigentlich ausüben sollten: Kredite an solvente Unternehmen, die nachhaltig investieren, so günstig wie möglich zu vergeben sowie Sparguthaben kostengünstig zu verwalten. Der private gewinnorientierte Bankensektor hat versagt. Er hat seine ursprüngliche Rolle der kostengünstigen Geldvermittlung verlassen und den Alchimisten versucht: aus Geld sollte mehr Geld werden. Dafür haben Banken fahrlässig Krediten vergeben, wild gehandelt, immer kompliziertere „Produkte“ erfunden und schließlich den großen Crash herbeigeführt.

Öffentliche „Good Banks“ sollten dagegen weder spekulieren noch Gewinne machen dürfen. Sie müssen transparente Bilanzen führen, alle Geschäfte in den Büchern führen, ihre Filialen in Steueroasen schließen und die Gehälter des Managements begrenzen. Öffentliche „Good Banks“ sollten von der Weisung der Regierung unabhängig sein und Ziele verfolgen, die am besten in der Verfassung stehen. Banken müssen der Wirtschaft und Gesellschaft dienen. Die mit Steuergeld geretteten Banken sollten in solche Good Banks umgewandelt werden.

Christian Felber ist freier Publizist und Mitbegründer von Attac Österreich. Zuletzt erschienen „Neue Werte für die Wirtschaft“ bei Deuticke.

*Erschienen im „Kurier“, 11. Februar 2009.*